

Die Friedens-Warte

Journal of International Peace and Organization

Vol. 94 | 2021 | Issue 3–4

Mythen der etablierten Sicherheitspolitik II

Mit Beiträgen von

JÜRGEN SCHEFFRAN | MICHAEL STAACK |
MICHAEL BRZOSKA | HANS-GEORG EHRHART |
HANNAH SCHNIER | JACOB ROSS |
HANS-JOCHEN LUHMANN | MORITZ KÜTT |
WITOLD MUCHA | SVEN WÖHRMANN | HOLGER
JANUSCH | CHRISTIANE HEIDBRINK |
KATJA LEVY | CHARLOTTE DANY | MARTINA
FISCHER

Mit weiteren Beiträgen von

OLIVER MEIER | MAREN VIELUF
ROMAN SCHMIDT-RADEFELDT
AMELA SKILJAN



Berliner
Wissenschafts-Verlag

Inhaltsverzeichnis

Table of Contents

201 **Editorial (dt.)**

203 **Editorial (eng.)**

Debatte | Debate

205 **Mythen der etablierten Sicherheitspolitik II**

205 **MYTHOS I**

„Der Westen kann die Weltprobleme lösen“

205 Debatte von Jürgen Scheffran

228 Kommentar von Michael Staack

237 **MYTHOS II**

„Die Nato ist der Kernpunkt deutscher Staatsräson“

237 Debatte von Michael Brzoska | Hans-Georg Ehrhart

248 Kommentar von Hannah Schnier

254 Kommentar von Jacob Ross

260 **MYTHOS III**

„Ein Abzug der US-Atombomben in Büchel beendet die nukleare Teilhabe“

260 Debatte von Hans-Jochen Luhmann

273 Kommentar von Moritz Kütt

278 **MYTHOS IV**

„China ist eine Weltmacht, keine Regionalmacht“

278 Debatte von Witold Mucha | Sven Wöhrmann

302 Kommentar von Holger Janusch

307 **MYTHOS V**

„China ist ein neues Reich des Bösen“

307 Debatte von Michael Staack

329 Kommentar von Christiane Heidbrink

334 Kommentar von Katja Levy

- 338 **MYTHOS VI**
„Humanitäre Hilfe verfolgt keine politischen Ziele“
- 338 Debatte von Charlotte Dany
- 347 Kommentar von Martina Fischer
- Beiträge | Articles**
- 358 **Deutschland, die nukleare Abrüstung und der Atomwaffenverbotsvertrag**
 Oliver Meier | Maren Vieluf
- 390 **Das „Unvereinbarkeitsnarrativ“ auf dem rechtlichen Prüfstand:
 Zum Verhältnis zwischen dem Atomwaffenverbotsvertrag und der NATO,
 dem Nichtverbreitungsvertrag und dem Völkergewohnheitsrecht**
 Roman Schmidt-Radefeldt
- 418 **Are Nuclear Weapons Illegal?**
 Amela Skiljan
- Panorama | Panorama**
- Buchbesprechungen | Book Reviews
- 445 **Werner Wintersteiner: Die Welt neu denken lernen –
 Plädoyer für eine planetare Politik. Lehren aus Corona
 und anderen existentiellen Krisen**
 Sabine Jaberg
- 448 **Joël Glasman: Humanitarianism and the Quantification of Human Needs**
 Dennis Dijkzeul | Carolin Funke | Sophie Zastrow
- 452 ***Doppelrezension***
Ferdinand von Schirach: Jeder Mensch
Wolfgang Kaleck: Die konkrete Utopie der Menschenrechte
 Marcus Schnetter
- 460 Dank an Peer Reviewer | Thanks to peer reviewers

Editorial

Im dritten Jahrzehnt des 21. Jahrhunderts setzt sich die Erosion bisheriger internationaler Ordnungen fort, ohne dass es bisher gelungen wäre, diese zu reformieren, inklusiver zu gestalten oder durch neue Ordnungen zu ersetzen. Angesichts transnationaler Herausforderungen wie Klimawandel, Aufrüstung, Migration oder Nord-Süd-Verteilungsgerechtigkeit erscheint internationale Zusammenarbeit unverzichtbar, wird aber erheblich erschwert oder überlagert durch Hegemonialkonflikte zwischen Großmächten und durch nationale Egoismen. Auch nach der Abwahl der Trump-Administration bleibt der politische Westen im Krisenmodus innerer Widersprüche und begrenzter Leistungsfähigkeit in Bezug auf internationale Ordnungspolitik. Als Folge dieser neuen Unübersichtlichkeit werden außen- und sicherheitspolitische Entscheidungen und Weichenstellungen in wachsendem Maße nicht durch Analyse und Fakten, sondern durch nicht ausreichend hinterfragte Narrative oder Mythen gerechtfertigt.

Bereits im Heft 3–4 (2017–2019) hat die Friedens-Warte diese Problemstellung aufgegriffen und eine Reihe von grundlegenden wissenschaftlichen Beiträgen zum Thema „Mythen der etablierten Sicherheitspolitik“ zur Debatte gestellt. Diese Beiträge entstanden in der Studiengruppe „Europäische Sicherheit und Frieden“ der Vereinigung Deutscher Wissenschaftler (VDW). Die Studiengruppe beschäftigt sich seit 2017 mit den zentralen Zusammenhängen und Problemlagen der globalen und europäischen Sicherheit. Anknüpfend an die Tradition der VDW (<https://vdw-ev.de/>), deren Gründer um Carl-Friedrich von Weizsäcker und Werner Heisenberg sich 1957 in der „Göttinger Erklärung“ gegen eine atomare Bewaffnung der damaligen Bundesrepublik wandten, möchte die Studiengruppe durch Analysen und Stellungnahmen dazu beitragen, die komplexen Konfliktodynamiken besser zu verstehen und daraus auf der Basis theoriegeleiteter wissenschaftlicher Reflexion konstruktive Schlüsse für eine zeitgemäße Friedenspolitik zu ziehen.

Der Definition der Studiengruppe folgend, soll der mehrdeutige Begriff des Mythos hier zu Gewissheiten geronnene Glaubenssätze bezeichnen. Als solche fördern diese Mythen politische Entscheidungen, die von problematisierungsbedürftigen Voraussetzungen ausgehen. Aufgabe der Wissenschaft ist es, Annahmen, die politischen Entscheidungen zugrunde liegen, kritisch zu hinterfragen, zu interpretieren und auf ihre Plausibilität hin zu untersuchen. Weitverbreitete Mythen („Der Westen kann die Weltprobleme lösen“; „China ist ein neues Reich des Bösen“) können fehlerhafte Weichenstellungen zur Folge haben und den Weg zu sachlich angemessenen gesellschaftlichen Diskursen und friedensfördernder Politik blockieren.

Einige dieser Gewissheiten als Mythen anzusprechen und zu dekonstruieren, um sie auf diese Weise aufbrechen und korrigieren zu können, ist das Ziel der im Schwerpunkt „Mythen der etablierten Sicherheitspolitik II“ veröffentlichten sechs Aufsätze; diesmal von Autor:innen innerhalb und außerhalb der Studiengruppe Europäische Sicherheit und Frieden (Michael Brzoska, Charlotte Dany, Hans-Georg Ehrhart, Hans-Jochen Luhmann, Witold Mucha, Jürgen Scheffran, Michael Staack, Sven Wöhrmann). Die Kommentare von Martina Fischer, Christiane Heidbrink, Holger Janusch, Moritz Kütt, Katja Levy, Jacob Ross und Hannah Schnier führen die Argumente fort, widersprechen diesen oder bauen sie inhaltlich

noch aus. Das Herausgeber:innen-Team der Friedens-Warte wünscht sich eine Fortsetzung dieser Debatte und ermutigt deshalb zu weiteren Beiträgen!

In einem zweiten Themenschwerpunkt befasst sich dieses Heft mit dem Atomwaffenverbotsvertrag (AVV). Dieser 2017 abgeschlossene Vertrag wurde von 86 Staaten unterzeichnet und, bis November 2021, von 56 dieser Signatarstaaten ratifiziert. Am 22. Januar 2021, 90 Tage nach der 50. Ratifizierung, trat das Abkommen in Kraft. Das Zustandekommen dieses wichtigen Vertragswerks unterstreicht nicht nur das Ziel der vollständigen Abrüstung aller Atomwaffen, wie es bereits im Vertrag über die Nichtverbreitung von Kernwaffen (NVV) von 1970 völkerrechtlich verbindlich vereinbart wurde. Es reflektiert in gleicher Weise den Unwillen großer Teile der internationalen Gemeinschaft über die seit Jahren anhaltende, völlig unzureichende Bereitschaft der Atomwaffenbesitzer, dieser Abrüstungsverpflichtung auch nachzukommen. In der Folge könnte sich eine normative Konkurrenz zwischen beiden Abkommen entwickeln. Oliver Meier und Maren Vieluf zeichnen die Entwicklung der deutschen Regierungsposition zum Atomwaffenverbotsvertrag nach. Wie nahezu alle NATO-Mitglieder blieb Deutschland den Vertragsverhandlungen fern und lehnt das Abkommen ab. Meier und Vieluf plädieren für eine konstruktivere, die Abrüstung und das Gestaltungspotenzial des Vertrages fördernde deutsche Politik. Roman Schmidt-Radefeldt beschäftigt sich mit der These, dass die Verträge über Nichtverbreitung und Atomwaffenverbot nicht miteinander vereinbar seien. In seiner umfassenden Analyse weist er nach, dass diese Auffassung eher politisch motiviert und rechtlich nicht tragfähig sei. Es sei aber fraglich, ob sich der AVV angesichts der Fundamentalopposition der NATO-Staaten gewohnheitsrechtlich durchsetzen könne. Amela Skiljan befasst sich schließlich mit der Frage nach der grundsätzlichen Legalität oder Illegalität von Atomwaffen. Anhand einer Analyse völkerrechtlicher Verträge und anderer Rechtsquellen arbeitet sie heraus, dass ein Einsatz dieser Massenvernichtungswaffen als völkerrechtswidrig betrachtet werden müsse. Darüber hinaus seien Atomwaffen auch in anderen Aspekten als illegal anzusehen. Vor diesem Hintergrund stelle der Atomwaffenverbotsvertrag einen „Meilenstein“ auf dem Weg zur Abrüstung dar.

Die „Doomsday Clock“ des „Bulletin of the Atomic Scientists“ steht seit dem 27. Januar 2021 auf 100 Sekunden vor Mitternacht: Niemals zuvor sei die Gefahr eines Nuklearkrieges höher gewesen, so die Herausgeber:innen des renommierten Journals (<https://thebulletin.org/>). Während diese Gefahr in den Zeiten des Ost-West-Konflikts gesellschaftlich präsent gewesen sei, fehle es heute weitgehend an Problembewusstsein und ein neuer, gefährlicher Bellizismus breite sich aus. Das ändere aber nichts an den tatsächlichen Risiken und Herausforderungen. Die Friedens-Warte wurde 1899 gegründet, um Abrüstung und internationale Organisation durch wissenschaftliche Beiträge und Debatten zu fördern. Dieser Auftrag besteht fort.

Hamburg, im November 2021

Michael Staack

Editorial

In the third decade of the 21st century, the erosion of existing international orders continues without success so far in reforming them, making them more inclusive or replacing them with new orders. In the face of transnational challenges such as climate change, military build-up, migration or distributive justice between Global South and North, international co-operation appears indispensable, but it is considerably hampered or overlaid by hegemonic conflicts between major powers and by national egoisms. Even after the Trump administration was voted out of office, the political West remains in a crisis mode of internal contradictions and limited capabilities in terms of international governance. As a result of this complexity and new lack of clarity, foreign and security policy decisions and course-setting are increasingly justified not by analysis and facts, but by narratives or myths that are not sufficiently scrutinized.

Already in issue 3–4 (2017–2019), the *Friedens-Warte* took up this problem and presented a series of fundamental scientific contributions on the topic of “Myths of Established Security Policy” for debate. These contributions were developed and discussed in the study group “European Security and Peace” of the Federation of German Scientists (VDW). Since 2017, the study group has been dealing with the central contexts and challenging constellations of global and European security. Following the tradition of the VDW (<https://vdw-ev.de/>), whose founders around Carl-Friedrich von Weizsäcker and Werner Heisenberg opposed nuclear armament of the then Federal Republic of Germany in the “Göttingen Manifesto” in 1957, the study group aims to contribute through analyses and statements to a better understanding of the complex conflict dynamics and to draw constructive conclusions for a contemporary peace policy based on theory-led scientific reflection.

According to the study group’s definition, the ambiguous term “myth” is used here to describe beliefs that have coagulated into certainties. As such, these myths promote political decisions based on assumptions that need to be problematized. It is the task of science to critically question and interpret assumptions underlying political decisions and to examine them for their plausibility. Widespread myths (“The West Can Solve the World’s Problems”; “China Is a New Evil Empire”) can result in erroneous course-setting and block the path to appropriate social discourse and peace-promoting policies.

Addressing some of these certainties as myths and deconstructing them in order to be able to break them down and correct them in this way is the aim of the six essays published in the focus “Myths of Established Security Policy II”; this time by authors inside and outside the European Security and Peace Study Group (Michael Brzoska, Charlotte Dany, Hans-Georg Ehrhart, Hans-Jochen Luhmann, Witold Mucha, Jürgen Scheffran, Michael Staack, Sven Wöhrmann). The commentaries by Martina Fischer, Christiane Heidbrink, Holger Janusch, Moritz Kütt, Katja Levy, Jacob Ross and Hannah Schnier continue the arguments, contradict them or expand on their content. The editorial team of the *Friedens-Warte* would like to see new rounds of this debate and therefore encourages further contributions!

In a second thematic focus, this issue deals with the Treaty on the Prohibition of Nuclear Weapons (TPNW). This treaty, concluded in 2017, was signed by 86 states and, as of No-

vember 2021, ratified by 56 of those signatories. On January 22, 2021, 90 days after the 50th ratification, the treaty entered into force. The achievement of this important treaty not only underscores the goal of complete disarmament of all nuclear weapons, as already agreed in the 1970 Treaty on the Non-Proliferation of Nuclear Weapons (NPT) in binding international law. It equally reflects the discontent within the international community with regard to the unwillingness of the nuclear weapons owners to comply with their disarmament obligations under the NPT. As a result, normative competition between the two agreements could develop. Oliver Meier and Maren Vieluf trace the evolution of the German government's position on the Treaty on the Prohibition of Nuclear Weapons. Like almost all NATO members, Germany stayed away from the treaty negotiations and rejects the agreement. Meier and Vieluf argue for a more constructive German policy that promotes disarmament and the treaty's transformative potential. Roman Schmidt-Radefeldt deals with the assumption that the NPT and the TPNW are incompatible. In his comprehensive analysis, he demonstrates that this view is rather politically motivated and legally unsustainable. However, he argues that it is questionable whether the TPNW could prevail under customary law, given the fundamental opposition of NATO countries. Finally, Amela Skiljan addresses the question of the fundamental legality or illegality of nuclear weapons. Based on an analysis of international treaties and other sources of law, she argues that the use of these weapons of mass destruction must be considered illegal under international law. Furthermore, nuclear weapons are to be considered illegal in other aspects as well. Against this background, the Treaty on the Prohibition of Nuclear Weapons represents a "milestone" on the road to disarmament.

The "Doomsday Clock" of the "Bulletin of the Atomic Scientists" has been set at 100 seconds to midnight since January 27, 2021: Never before has the danger of nuclear war been higher, according to the editors of the famous journal (<https://thebulletin.org/>). While this danger was recognized within civil societies in the times of the East-West conflict, today there is largely a lack of awareness of this problem and a dangerous new bellicism is spreading. But that does not change the actual risks and challenges. The Friedens-Warte was founded in 1899 to promote disarmament and international organization through scholarly contributions and debates. This mission is persistent.

Hamburg, November 2021

Michael Staack

Debatte

Debate

Mythos I „Der Westen kann die Weltprobleme lösen“

JÜRGEN SCHEFFRAN

Abstract Der Sieg der liberalen Weltordnung im Kalten Krieg weckte Erwartungen, der Westen könne die Weltprobleme lösen, von Menschenrechten über Regimewechsel bis zur Friedensdividende. Die Chancen wurden verpasst, weil der Westen seine Expansion fortsetzte und eigene Werte durch Militärinterventionen, Globalisierung, technologische Dynamik, soziale Spaltung, und Umweltbelastung untergrub. Je mehr die Allianz aus Wachstum, Macht und Gewalt auf Grenzen stieß, umso stärker wurde die Welt verwundbar gegen Nationalismus und Rechtspopulismus, religiöse und ethnische Differenzen, Flucht und Klimawandel, politische und ökonomische Instabilität. Dieser Beitrag regt eine selbstkritische Debatte über den westlichen Einfluss auf heutige Krisen an, um zukünftige Herausforderungen zu bewältigen. Hierzu gehören die nachhaltige Transformation des fossilen Kapitalismus; Machtverschiebungen im Nord-Süd-Verhältnis; und der Einfluss von sozialen Netzwerken auf die Demokratie. Statt durch Dominanzstreben die Selbstzerstörung zu riskieren, ist es konstruktiver, das normative Projekt des Westens in eine nachhaltige Friedenssicherung zu entwickeln, die das Zusammenleben im Gemeinsamen Haus der Erde ermöglicht.

Keywords Expansion, Globalisierung, Krise, liberale Ordnung, multipolare Welt, planetare Grenzen, Transformation, westliche Hegemonie, Zeitenwende

Myth “The West Can Solve the World’s Problems”

Abstract The victory of the liberal world order in the Cold War raised expectations that the West could solve the world’s problems, from human rights to regime change and the peace dividend. Opportunities were missed as the West continued its expansion, undermining its own values through military intervention, globalization, technological dynamism, social division, and environmental degradation. The more the alliance of growth, power, and violence encountered limits, the more the world became vulnerable to nationalism and right-wing populism, religious and ethnic differences, forced displacement and climate change, political and economic instability. This contribution aims to stimulate a self-critical debate on the Western influence on today’s crises in order to address future challenges. These include the sustainable transformation of fossil capitalism; power shifts in North-South relations; and the influence of social networks on democracy. Rather than risking self-destruction by striving for dominance, it is more constructive to evolve the normative project of the West into sustainable peacebuilding that enables coexistence in the Common House of Planet Earth.

Keywords Expansion, Globalization, Crisis, Liberal Order, Multipolar World, Planetary Boundaries, Transformation, Western Hegemony, Turning Point

Kontakt: Prof. Dr. Jürgen Scheffran, Professor für Integrative Geographie, Forschungsgruppe Klimawandel und Sicherheit, Universität Hamburg, Grindelberg 7, 20144 Hamburg, E-Mail: juergen.scheffran@uni-hamburg.de. Dieser Beitrag knüpft an eigene Vorarbeiten sowie an Mythenpapiere der VDW-Studiengruppe Sicherheit an, die in Die Friedenswarte erschienen, insbesondere Brock (2020). Der Autor dankt den Mitgliedern der Studiengruppe, die einen Entwurf dieses Beitrags diskutiert und kommentiert haben.

1. Vom Sieg zum Abstieg des Westens?

„Die liberale Demokratie des Westens ist in der Defensive. Sie wird nicht nur von außen, von immer selbstbewusster auftretenden autoritären Regimen, obenan der Volksrepublik China mit ihren weltweiten Aktivitäten, sondern auch von innen in Frage gestellt [...] Populisten haben nicht nur bei Schichten Erfolg, die sich materiell benachteiligt, als Opfer von Globalisierung, Digitalisierung oder Robotisierung fühlen. Sie sprechen auch wohlsituierte Bürger an, die mit dem liberalen ‚Zeitgeist‘ hadern“. (Winkler 2017, S. 404)

Wie konnte es zur Krise der liberalen Demokratie kommen und zum „Ende des liberalen Zyklus“ (Rupnik 2015), der mit den epochalen Umwälzungen vor drei Jahrzehnten begann? Ende 1989 löste sich in wenigen Wochen der Ost-West-Konflikt mit einem Dominoeffekt auf. Überrascht war nicht nur die sozialistische Staatenwelt, die in kurzer Zeit zerfiel, sondern auch der Westen, der unerwartet als Sieger dastand. Auslöser war der durch den sowjetischen Generalsekretär Michail Gorbatschow angestoßene Ruf nach Veränderung und „neuem Denken“, der in der Bevölkerung des Ostblocks Widerhall fand. Mit dem Fall der Berliner Mauer wurde das Tor zum Westen aufgestoßen, der vielen als Traum von Freiheit und Wohlstand erschien. Nachdem die Supermacht USA und der Westen als Ordnungsmacht im „unipolaren Moment“ (Krauthammer 1990/91) der Geschichte übrigblieben, entstand die Vorstellung, die liberale und demokratische Weltordnung habe sich durchgesetzt, gar das „Ende der Geschichte“ erreicht (Fukuyama 1989, S. 1): „The triumph of the West, of the Western idea, is evident first of all in the total exhaustion of viable systematic alternatives to Western liberalism.“

Fukuyama vertrat die These, dass sich die Prinzipien des Liberalismus in Form von Demokratie und kapitalistischer Marktwirtschaft überall durchsetzen würden, weil sie die menschlichen Bedürfnisse nach Wohlstand und sozialer Anerkennung besser und effizienter befriedigen als andere Systeme (Fukuyama 1992). Da dieser Prozess früher oder später alle Länder erfassen werde, stehe am Ende der Geschichte die Integration und Assimilation anderer Kulturen in die westliche Kultur. Kritiker weisen darauf hin, dass die liberale Demokratie voll innerer Widersprüche sei und der Kapitalismus nicht nur Gewinner, sondern auch Verlierer produziere, Leid und Ungleichheit auf der Welt schaffe und damit einer stabilen Ordnung entgegenwirke (Klein 2007). Der Westen habe trotz der Beteuerung des Gegenteils kein Interesse an der Entwicklung armer und rohstoffreicher Länder, die die Verarbeitung ihrer natürlichen Ressourcen in die eigenen Hände nehmen könnten. Angesichts dieser Widersprüche rechnete auch Fukuyama nicht mit einem schnellen und globalen Sieg der liberalen Demokratie, zumal sie das Soziale vernachlässige und deshalb weder Gemeinschaft noch Identität stifte. Hier sah er zwei Konkurrenten: den religiösen Fundamentalismus auf der einen Seite, Nationalismus und andere Formen des Rassen- und Ethnobewusstseins auf der anderen (Fukuyama 1989). In diesem Sinne setzte Huntington (1996) der demokratisch-kapitalistischen Angleichung den „Kampf der Kulturen“ entgegen, mit asymmetrischen Konflikten und dem Erstarken autoritärer politischer Strömungen.

Die Vorstellung eines „Sieges“ der liberalen Demokratien im Kalten Krieg hat Denken und Handeln im Teilen des Westens nach 1990 geprägt. Dem entsprach die Annahme, westliche Werte, Modelle und Machtansprüche könnten weltweit zum Durchbruch gebracht werden, bei Bedarf auch mit Gewalt. So setzte der Westen seine jahrhundertelange Geschichte der Expansion fort. Aufstieg und Dominanz des Westens basierten auf einer Verbindung von

wirtschaftlichem Wachstum, politischer Macht und Gewaltmitteln (Scheffran 1996), verstärkt durch wissenschaftlich-technologische Innovation, Wohlstand und westliche Werte, die die ideologische Attraktivität ausmachten. So entstand die Erwartung, der Westen könne mit seinen Instrumenten die Weltprobleme in seinem Sinne lösen: Durchsetzung von Menschenrechten, Sturz von Diktaturen, demokratische Regimewechsel und Nationenbildung. Die USA und ihre NATO-Partner schlüpfen in die Rolle des Weltpolizisten und versuchten mit „humanitären Interventionen“ und harter Interessenpolitik die liberale Weltordnung abzusichern. Neben Geld und Diplomatie wurden militärische Mittel zu einem gängigen Instrument. Dabei wurde die Rechtfertigung durch universelle Werte vermischt mit der Durchsetzung eigener Interessen, die in der Regel Vorrang hatten. Solche Widersprüche zwischen der interessengeleiteten politischen Praxis und dem wertorientierten normativen Projekt kamen in der „Geschichte des Westens“ immer wieder vor (Winkler 2009). Ein weiteres Merkmal war die Ungleichzeitigkeit der Verwirklichung des westlichen Projekts, das sich in den Staaten unterschiedlich schnell entwickelte.

Statt 1990 eine friedliche Weltordnung einzuleiten und die Friedensdividende zur Bewältigung globaler Probleme zu nutzen, versuchten die USA und ihre Verbündeten ihren Vorsprung weiter auszubauen, auch durch Rüstung und Militärinterventionen. Als neuer alter Feind wurde Russland wiederentdeckt, das das Vorrücken des Westens an die russische Grenze nicht hinnehmen wollte. China erwies sich als ebenbürtiger Systemgegner, zugleich politischer Rivale und wirtschaftlicher Konkurrent. So haben USA und NATO nach drei Jahrzehnten die Feinbilder gefunden, mit denen sie ihr gewaltiges Rüstungsarsenal rechtfertigen können. Dabei ist womöglich der größte Feind westlicher Werte das Zusammenspiel aus Wachstum, Macht und Gewalt, das in vielen Bereichen problematisch ist, von sozialen Fragen wie der Einkommensverteilung bis zu ökologischen Fragen wie der Klimakrise. US-Präsident Eisenhower hatte schon in den 1950er Jahren vor der Machtkonzentration im Militärisch-Industriellen Komplex (MIK) gewarnt. In einer zunehmend überfüllten, vernetzten und multipolaren Welt verstärken Rüstung und Krieg Unsicherheit und Destabilisierung, zusammen mit Konflikttreibern wie Globalisierung und Klimawandel. Seit den Terroranschlägen des 11. September 2001 und der Wirtschaftskrise 2008 kam eine Kette von Krisen in Gang, die vom Westen verstärkt wurden und ihn schließlich selbst erfassten. So ist die Welt heute weniger mit Zukunftsgestaltung beschäftigt als mit Krisenbewältigung. Das bestimmte auch die Kanzlerschaft von Angela Merkel (Creutzburg et al. 2021).

Um die Probleme der bisherigen Politik zu erkennen und zukünftige zu vermeiden, braucht es eine grundlegende und (selbst-)kritische Aufarbeitung der Vergangenheit. Davon war über Jahrzehnte offiziell nicht viel zu sehen, in der Gewissheit, auf der „richtigen“ Seite der Geschichte zu stehen. Zuletzt durch den gescheiterten Afghanistan-Einsatz wurde diese Gewissheit erschüttert: „Lange hat der Westen die Werte der liberalen Weltordnung verteidigt. Doch in Afghanistan ist die schöne Idee endgültig gescheitert. (...) Ihre Widersprüchlichkeit ist der zentrale Mangel der an sich so schönen Vorstellung einer liberalen Weltordnung. Sie will eine normative Ordnung sein, gebaut auf Werten wie universellen Menschenrechten, und ist zugleich Herrschaftsinstrument und kalte Interessenpolitik“ (Gujer 2021). Die Schlussfolgerung des Autors: „Der Westen kann die Welt nicht retten.“

Offensichtlich kann der Westen der Welt seine Wertvorstellungen nicht aufzwingen, und stößt allenthalben auf Grenzen und Widersprüche, die es zunehmend schwieriger machen, eine hegemoniale Position aufrecht zu erhalten. China hat von den Stärken des Westens ge-